V

(Bekanntmachungen)

GERICHTSVERFAHREN

GERICHTSHOF

Urteil des Gerichtshofs (Große Kammer) vom 26. Juni 2012 — Republik Polen/Europäische Kommission(Rechtssache C-335/09 P) ⁽¹⁾

(Rechtsmittel — Gemeinsame Marktorganisation — Aufgrund des Beitritts neuer Mitgliedstaaten zu treffende Übergangsmaßnahmen — Verordnung (EG) Nr. 1972/2003 mit Maßnahmen für den Handel mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen — Nichtigkeitsklage — Frist — Beginn — Verspätung — Unzulässigkeit — Änderung einer Vorschrift der genannten Verordnung — Neubeginn der Frist — Teilweise Zulässigkeit — Gründe — Verstoß gegen den Grundsatz der Rechtsgemeinschaft und gegen den Grundsatz des effektiven gerichtlichen Rechtsschutzes — Verstoß gegen den Grundsatz des freien Warenverkehrs und das Verbot der Diskriminierung aus Gründen der Staatsangehörigkeit — Verstoß gegen die Grundsätze der Verhältnismäßigkeit und des Vertrauensschutzes — Verstoß gegen die Rangordnung der Rechtsnormen — Verstoß gegen Art. 41 der Beitrittsakte von 2003 — Fehlerhafte Auslegung von Art. 3 der Verordnung (EG) Nr. 1972/2003 — Verletzung der Begründungspflicht)

(2012/C 258/02)

Verfahrenssprache: Polnisch

Verfahrensbeteiligte

Rechtsmittelführerin: Republik Polen (Prozessbevollmächtigte: zunächst M. Dowgielewicz, dann M. Szpunar)

Andere Verfahrensbeteiligte: Europäische Kommission (Prozessbevollmächtigte: H. Tserepa-Lacombe, A. Stobiecka-Kuik, A. Szymkowska und T. van Rijn)

Gegenstand

Rechtsmittel gegen das Urteil des Gerichts erster Instanz vom 10. Juni 2009 (Erste erweiterte Kammer), Polen/Kommission (T-257/04), mit dem das Gericht die Klage auf teilweise Nichtigkeitsklärung der Verordnung (EG) Nr. 1972/2003 der Kommission vom 10. November 2003 über die aufgrund des Beitritts der Tschechischen Republik, Estlands, Zyperns, Lettlands, Litauens, Ungarns, Maltas, Polens, Sloweniens und der Slowakei zu treffenden Übergangsmaßnahmen für den Handel mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen (Abl. L 293, S. 3) in der durch die Verordnung (EG) Nr. 230/2004 der Kommission vom 10. Februar 2004 (Abl. L 39, S. 13) sowie die Verordnung (EG)

Nr. 735/2004 der Kommission vom 20. April 2004 (Abl. L 114, S. 13) geänderten Fassung abgewiesen hat — Falsche Auslegung von Art. 230 Abs. 4 EG, von Art. 3 der Verordnung (EG) Nr. 1972/2003 sowie der Verordnung Nr. 1 zur Regelung der Sprachenfrage für die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (Abl. 1958, L 17, S. 385) — Verstoß gegen Art. 253 EG und Art. 41 des Beitrittsvertrags, des Rechts auf einen wirksamen Rechtsbehelf, den Grundsatz der Solidarität, den Grundsatz der Verhältnismäßigkeit, den Grundsatz der Nichtdiskriminierung, den Grundsatz von Treu und Glauben und den Grundsatz des Vertrauensschutzes — Verfahrensfehler infolge der Weigerung des Gerichts, die Klagegründe zu prüfen, mit denen ein Verstoß gegen den Grundsatz der Solidarität und den Grundsatz von Treu und Glauben gerügt worden ist

Tenor

1. Das Rechtsmittel wird zurückgewiesen.
2. Die Republik Polen trägt ihre eigenen Kosten und die Kosten der Europäischen Kommission.

⁽¹⁾ Abl. C 282 vom 21.11.2009.

Urteil des Gerichtshofs (Große Kammer) vom 26. Juni 2012 — Republik Polen/Europäische Kommission(Rechtssache C-336/09 P) ⁽¹⁾

(Rechtsmittel — Gemeinsame Marktorganisation — Aufgrund des Beitritts neuer Mitgliedstaaten zu treffende Übergangsmaßnahmen — Verordnung (EG) Nr. 60/2004 mit Maßnahmen für den Zuckersektor — Nichtigkeitsklage — Frist — Beginn — Verspätung — Unzulässigkeit — Gründe — Verstoß gegen den Grundsatz der Rechtsgemeinschaft und gegen den Grundsatz des effektiven gerichtlichen Rechtsschutzes)

(2012/C 258/03)

Verfahrenssprache: Polnisch

Verfahrensbeteiligte

Rechtsmittelführerin: Republik Polen (Prozessbevollmächtigte: zunächst M. Dowgielewicz, dann M. Szpunar)